RUNDSCHREIBEN NR.4 DER VUV - LEITUNG 2o.4.1975

Dieses Rundschreiben enthält eine Reihe von Beschlüssen, die von der Leitung in den letzten Tagen gefaßt wurden, und zwar
- Beschluß zur Rücknahme des Politischen Berichts der VUV-Leitung
- Beschluß zur Einrichtung einer Sektion "Regionalpolitik"
- Beschluß zur Einrichtung einer Sektion "Sozialversicherungswesen
- Beschluß zur Einrichtung eines Projekts "Bewährungshilfe..." in der Sektion Klassenjustiz

Diese Beschlüsse sind sinnvoll zu diskutieren im Zusammenhang mit den Rundschreiben 18 und 19 (?) des KB, deren Beschluß zur Einrichtung einer Zelle und Bericht zur Lage in der VUV Grundlage für die Diskussion sein sollte.

Der Politische Bericht undnicht zuletzt seine Rücknahme durch die Leitung am 7.4. haben den Zustand, in dem sich unsere Organisation seit längerer Zeit befindet, offen ans Tageslicht gebracht. Die mangelnde Klarheit über die Aufgaben, das Fehlen der Anleitung durch den KB haben beträchtliche Zerfallserscheinungen hervorgerufen, Handwerkelei und politische und organisatorische Zerfahrenheit kennzeichnen die Lage. In der ganzen Organisation hat sich eine große Unzufriedenheit mit diesem Zustand breitgemacht, die darauf drängt, mit der gegenwärtigen Misere Schluß zu machen. Gelingen wird uns das aber nur, wenn wir tatsächlich die Beschlüsse des KB als entscheidendes Instrument verwenden, um in einer breiten Auseinandersetzung über die Ziele und Aufgaben der Kommunisten über die besonderen Bedingungen, auf die wir bei der Gewinnung der Intellektuellen stoßen, über die Bedeutung einer kommunistischen Massenorganisation werktätiger Intellektueller als Instrument des KB, Klarheit und Einheit herzustellen. Diese Beschlüsse haben keineswegs einen "allgemeinen" Charakter, wie viele Genossen befürchten, sie geben vielmehr die grundlegende Linie und die grundlegenden Aufgaben an, den Maßstab, an dem überhaupt erst unsere bisherigen Erfahrungen und Aktivitäten gemessen werden können und an Hand dessen die weiteren Schritte beim Aufbau der VUV zu einer kommunistischen Massenorganisation erst bestimmt werden können.

Die Bedingungen für die Überwindung dieser des derzeitigen Zustandes der VUV sind günstig, weil einmal der KB durch seine Beschlüsse und durch die Einrichtung einer Zelle erstmals mit seiner Anleitung der Massenorganisation ernst macht und weil zum anderen die Lage in unserer Organisation selbst die Mitglieder zur Veränderung drängt. Sie sind gleichzeitig auch schwierig, weil die bisherige Tätigkeit der VUV wenig dazu beigetragen hat, die politische und ideologische Festigkeit der gesamten Organisation zu erhöhen und weil das völlige Fehlen demokratisch- zentralistischer Strukturen der Entwicklung eines breiten Meinungs- und Willenbildungsprozesses entgegensteht.

Deshalb müssen wir jetzt schleunigst an die Umgestaltung der ganzen Organisation gehen die das ermöglichen soll, was bisher gefehlt hat: Die VUV entlang einer richtigen Linie und klarer Aufgabenstellung zu einer demokratisch-zentralistischen Organisation aufzubauen, in der auch die umfassende ideologische und politische Schulung einen wichtigen Platz hat.

Damit können wir nicht bis zur nächsten MV warten, bzw. bis der neue Bericht der Leitung vorliegt, wir müssen jetzt einen Bruch mit der bisherigen Handwerkelei vornehmen. Die in diesem RS enthaltenen Beschlüsse zur Einrichtung neuer Sektionen sollen dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Sie sollen in der Organisation in den bisher existierenden Einheiten und Gruppierungen diskutiert werden, ihre Ausrichtung ist zu überprüfen an Hand der Beschlüsse der KB-Leitung, deren Konkretisierung sie nach Meinung der Leitung darstellen.

Wir müssen uns darauf orientieren, nach gründlicher Diskussion sofort an die Einrichtung dieser neuen Sektionen zu gehen, um so schnell wie möglich Grundeinheiten zu schaffen, in denen jeder einzelne VUV-Genosse organisiert ist. Die Verlegung aller wichtigen Aufgaben in diese Grundeinheiten - vor allem auch der Schulung - , die Herausbildung von Leitungsorganen und festen Verantwortlichkeiten wird erst die Möglichkeit schaffen, die gesamte Organisation auf die richtige Durchführung ihrer Aufgaben auszurichten, die Vereinheitlichung der VUV in organisierter Weise voranzutreiben.

Der Einrichtung eines Schulungswesens, das der Hebung des ideologischen Niveaus der ganzen Organisation dient, kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die bisherige Schulung hat von ihrer gesamten Durchführungsweise her diese Funktion nicht erfüllt. Mit der Einrichtung von GEn wird die Schulung in die GEn verlegt, die Leitung wird in allernächster Zeit ein Programm vorschlagen, das die Periode bis zum Sommer (Anfang Mai bis Ende Juni) in allen GEn einheitlich durchgeführt werden soll und dessen Schwerpunkt auf jenen grundlegenden Fragen liegen muß, die den Kampf des Proletariats in der gegenwärtigen Etappe bestimmen. Die Einrichtung eines Schulungsverantwortlichen in der Leitung, die Bestimmung von Schulungsleitern in den Sektionen, die durch den Leitungsverantwortlichen angeleitet werden, werden eine sinnvolle Zusammenfassung der Erfahrungen ermöglichen und so einen wichtigen Schritt ~~schaffen~~ voran führen bei der Umgestaltung der Weltanschauung aller Genossen, beim Aufbau der VUV zu einer kommunistischen Massenorganisation.

<u>BESCHLUSS ZUR RÜCKNAHME DES POLITISCHEN BERICHTS vom 12.4.</u>

Die VUV-Leitung zieht den Politischen Bericht, den sie am 18.3. beschlossen hat, zurück. Sie geht umgehend an die Erstellung eines neuen Berichtes, den sie nach Fertigstellung der Organisation vorlegen wird.

<u>Begründung</u>:

Der Politische Bericht geht nicht von einer Klarheit über die Aufgabenstellung der VUV aus, nicht davon, wofür und auf welcher Linie die Kommunisten die werktätigen Intellektuellen zu gewinnen suchen. Ein tauglicher Bericht müßte ausgehen vom nächsten strategischen Ziel der Arbeiterklasse in Österreich, der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat als Voraussetzung für die soziale Revolution. Davon, daß die Arbeiterklasse

dieses Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich unddas ganze Volk dem bürgerlichen Staat gegenüberstellt und im Kampf Kräfte sammelt für den Sturz dieses Staates.

In diesem Kampf um die politische Macht kann die Arbeiterklasse das ganze Volk führen. Dazu muß sie sich an die Spitze des demokratischen Kampfes stellen, ihn revolutionär führen und gleichzeitig ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, auch die nichtproletarischen Teile des Volkes in die allgemeinen Volkskämpfe einzubeziehen. So wird es ihr auch gelingen, jene Teile des Volkes zu gewinnen, dievon der Bourgeoisie in verschiedene Sönderbereiche aufgespalten werden, einer Spaltung, die die Bourgeoisie ständig aufrechtzuerhalten sucht.

Ausgehend von der politischen Linie, auf der die Kommunisten in die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes eingreifen, können wir erst untersuchen, auf welche Bedingungen die Kommunisten bei ihrer Aufgabe, die werktätigen Intellektuellen in die Volkskämpfe einzureihen, stossen. Zu diesen Bedingungen gehört: daß es sich bei der werktätigen Intelligenz um eine vom Volk abgehobene Schicht handelt, durch Sonderrechte etc. gespalten, durch ihre Ausbildung und Stellung abgehoben - aber gleichzeitig um eine Schicht von Lohnabhängigen, die von der Ausplünderung und U Unterdrückung durch die Kapitalisten un den bürgerlichen Staat immer empfindlicher getroffen werden, deren Vertrauen in die bürgerliche Ideologei zu wanken beginnt.

Um die Intellektuellen in die Volkskämpfe einzureihen, müssen sie ihre Abgehobenheit überwinden, müssen sie sich klar auf die Seite des Proletariats schlagen und sich der proletarischen Führung unterordnen - d.h. Konfrontation mit allen Fragen des Klassenkampfes vom Standpunkt des Proletariats, also eine allseitige undintensive ideologische Arbeit, d.h. auch die Unterstützung ihrer Kämpfe, um ihre Feindschaft zu bürgerlichen Staat zu vertiefen, d.h. auch in jedem dieser Kämpfe alle Forderungen unterstützen und hineintragen, die die Einheit aller Lohnabhängigen fördern und ihre Spaltung überwinden helfen.

Um auf dieser Linie die Intellektuellen für die Volkskämpfe zu gewinnen, bedient sich der KB einer kommunistischen Massenorganisation, der VUV. Sie dient dazu, den KB bei seiner Aufgabe zu u unterstützen - leisten kann die VUV das nur, wenn sie ihre ganze Tätigkeit auf die Unterstützung der Arbeiterklasse und des Volkes ausrichtet, auf der Linie des KB arbeitet. Durch die selbständige Bewältigung von politischen Aufgaben, durch eine umfassende politische und ideologische Schulung erzieht die VUV ihre Mitglieder zu kommunistischen Kadern, die ihre Weltanschauung vollständig umgestalten undsich praktisch in den Dienst des Volkes stellen.

Weil der politische Bericht der VUV-Leitung nicht von den umfassenden Aufgaben der Kommunisten ausgeht, weil diese Aufgabenbestimmung nicht der leitende Gesichtspunkt der Untersuchung ist, fehlt ihm der Maßstab für die Analyse jener Probleme, Schwierigkeiten und Fortschritte, die die Entwicklung der VUV seit ihrer Gründung bestimmt haben und kann er daher auch nicht festlegen, welche Aufgaben heute im Vordergrund stehen. Der Politische Bericht untersucht einzig und allein, wasdie VUV gemacht hat, wel-

che Schwierigkeiten aufgetreten sind - es fehlt die politische Linie, die erst den inneren Zusammenhang zwischen den einzelnen Problemen herstellt und Antwort geben könnte auf brennende Fragen der Organisation: z.B. die Bedeutung der Organisierung nach Sachbereichen und nicht nach gesellschaftlichen Institutionen, die Durchsetzung von demokratisch-zentralistischen Strukturen u.v.a.m. Diesen Grundlegenden Mangel des Politischen Berichts, den Fehlen der politischen Linie, auf der die VUV arbeiten und weiterkommen muß, ist auch durch umfassende Verbesserungsvorschläge nicht abzuhelfen. Deshalb muß der Bericht neu geschrieben werden.

ZUR EINRICHTUNG EINER SEKTION SOZIALVERSICHERUNGSWESEN

Im Kapitalismus hat der Arbeiter nur eine Grundlage zur Erhaltung seiner Existenz, den Verkauf seiner Arbeitskraft. Ohne Verkauf der Arbeitskraft erhält er auch keinen Lohn. In den Zeitspannen, in denen er am Verkauf seiner Arbeitskraft gehindert ist, sei es durch Krankheit, Unfall, Alter oder Arbeitslosigkeit, ist es die Aufgabe der SV, die Existenz des Arbeiters zu sichern.

Es istnur auf die Kampfentschlossenehit der österr. Arbeiterklasse des 19. und beginnenden 2o. Jh. zurückzuführen, daß es bei unseine SV und eine Arbeitslosenversicherung gibt. Sie ist eine von den Arbeitern erkämpfte Errungenschaft. Durch den Druck der Arbeiterklasse wurde der Staat gezwungen, diese Versicherung gesetzlich zu verankern (ALVG 192o, ASVG). Wie überall versucht die Bourgeoisie auh hier, die Errungenschaften der Arbeiterklasse für ihre Zwecke auszumützen, zur Spaltung der Arbeiterklasse.

Die SV in Österreich ist äußerst zersplittert: Der Hauptverband der SV-Träger ist unterteilt in drei Versicherungen (Pensions-, Unfall-, Krankenversicherung), bei jeder gibt es mehrere Kassen mit verschiedenen Leistungen und Einrichtungen die Beiträge sind verschieden hoch und werden z.T. von den Arbeitern und den anderen Lohnabhängigen selbst getragen. Beamte, Eisenbahner, Beschäftigte in der Tabakregie, ... haben eigene Kassen.

Die SV ist in der Hand der Kapitalistenklasse. Der HV der SV-Träger ist paritätisch besetzt.Arbeitgebervertreter ist die Bundeswirtschaftskammer, Arbeitnehmervertreter werden von der Arbeiterkammer entsandt. Die Aufsicht hat das BuMin für soz. Verwaltung. Die ALV wird noch unmittelbarer durch den Staat kontrolliert, sie ist den Arbeitsämtern unter Aufsicht des BuMin für soz. Verwaltung übertragen.

So kann die Kapitalistenklasse die SV für ihre Dienste einsetzen, zur Einschüchterung, Gängelung und Unterdrucksetzung der Arbeiter. Die Arbeiterklasse aber braucht eine SV im Interesse der Arbeiter, die deren Einheit fördert. Daher fordert die Arbeiterklasse:

EINHEITLICHE VERSICHERUNG FÜR ALLE LOHNABHÄNGIGEN, da die Zersplitterung des SV- Wesens den Kapitalisten jede weitere Spaltung der Arbeiterklasse sehr erleichtert. Jeder Versicherte ist anderen Bedingungen unterworfen, zahlt verschiedene Beiträge, erhält verschiedene Leistungen. So wird die Einigung auf einheitliche Forderungen und ein geschlossenes Auftreten gegen die Kapitalisten äußerst erschwert.

Solange die Lohnabhängigen selbst zumindest einen Teil der Kosten tragen müssen, sind die Fragen der Verteilung und Erhöhung der SV-Gelder ein ständiger Quell der Uneinigkeit und Konkurrenz unter den Versicherten. Darum fordern wir die
BEZAHLUNG DER SV-KOSTEN DURCH DIE KAPITALISTEN!

Um zu verhindern, daß die SV immer wieder zur Einschüchterung Gängelung und Schikanierung der Kollegen verwendet werden kann, sondern daß sie einen Rückhalt der Arbeiter im Falle der Unmöglichkeit, die Arbeitskraft zu verkaufen, darstellen, fordern wir:
SELBSTVERWALTUNG DER SV DURCH DIE VERSICHERTEN LOHNABHÄNGIGEN!

Die Tatsache, daß die Kapitalisten die ALV in ihren Händen haben, nützen sie aus, um zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden zu spalten, die Arbeitslosengelder so niedrig zu halten, daß es ihren Profiten "nicht schadet" und daß die Arbeitslosen leicht gezwungen werden können, jede Arbeit anzunehmen, sodaß sie zu Streikbrechern und Lohndrückern werden. Dem setzen wir entgegen die Forderung nach SELBSTVERWALTUNG DER ARBEITSÄMTER DURCH DIE VERSICHERTEN LOHNABHÄNGIGEN! sowie 8o % ARBEITSLOSENGELD FÜR DIE GESAMTE DAUER DER ARBEITSLOSIGKEIT !

Die Sektion arbeitet entlang dieser Forderungen der Arbeiterklasse zu SV. Aufgabe der Sektion ist es, das SV-Wesen zu durchleuchten. Damit leistet sie einen Beitrag, die Propaganda der Kommunisten zu verbessern, die Enthüllungstätigkeit voranzutreiben.

Die Sektion muß untersuchen
- Das ASVG und das ALVG alsdie gesetzliche Festlegung der SV
- Die Reformen der Bourgeoisie, die einerseits der ideologischen Bindung der Massen an die Bourgeoisie dienen, andererseits der weiteren Spaltung und Schlechterstellung der Werktätigen. Hier gehört herein sowohl direkte Reformen zur SV, aber auch z.B. die Familienrechtsreform, die behandelt, wie d die Existenz der Familie des Versicherten gewährleistet ist.
- die Verwendung der SV-Gelder. Hier gilt es sowohl als Grundlage zu untersuchen, wie und in wessen Interesse diese Gelder investiert werden, als auch laufend an aktuellen Fällen aufzuzeigen, daß die sog. "Sicherung der Arbeitsplätze" durch die Arbeitsmarktförderung aus den Mitteln der ALV nur den Profiten der Kapitalisten dient.

Die Frage der SV alsganzes gewinnt in der Krise noch an Bedeutung, wo sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Massen verschlechtern und die Angst um den Arbeitsplatz zunimmt.

Insbesondere treten in den Vordergrund die Fragen der Arbeitslosen und der Pensionisten, die den Schwerpunkt der Arbeit der

Sektion in der nähhsten Zeit bilden sollten.

Der Kampf um den Schutz vor den Folgen der Arbeitslosigkeit ist ein brennendes Problem der Arbeiterklasse heute und wird darum eine wichtige Rolle in der Politik des KB spielen, Dazu ist es notwendig, die Bedingungen zu untersuchen, denen die Arbeitslosen unterworfen sind, wie die Kapitalisten sie von den Arbeitenden und untereinander spalten wollen, um sie "gefügig" zu machen und allen Arbeitenden Angst vor der Arbeitslosigkeit einzujagen und sie so ruhig zu halten.

Die Pensionisten als Schlechtest gestellte Schicht der Bevölkerung wird durch die mit der Krise einhergehenden Inflation äußerst hart getroffen. Die gesetzlich verankerte Pensionsdynamisierung ändert nichts an der ständigen Verschlechterung der Lebenslage der Pensionisten. Für die, deren Pensionen unter dem Existenzminimum liegen, hat der Staat eine Reihe von Almosen bereit, für deren Erhalt aber der Weg über verschiedene Ämter notwendig ist, den viele Alte aus Erfahrung scheuen. Wir stellen uns gegen diese Verhöhnung der pensionierten Werktätigen, die für ihren Lebensunterhalt auf die verschiedensten Weisen "ansuchen" müssen. Und wir stellen uns gegen die Spaltung in arbeitende und pensionierte Werktätige mit der Forderung: MINDESTENS 8o % PENSIONSGELD FÜR ALLE GLEICH !

Um eine breite Enthüllungstätigkeit in der Stadt zu gewährleisten, wird die Sektion entsprechend den Notwendigkeiten des Klassenkampfes Untersuchungstätigkeit leisten, was einen Großteil ihrer Arbeit ausmachen wird.

In der Sektion sollen vor allem Leute arbeiten, die in den betreffenden Instituten beschäftigt sind und dadurch einen besseren Einblick in die Probleme des SV-Wesens haben. In diesen Institutionen sollen sie a die Forderungen der Arbeiterklasse hineintragen undso ihre Berufskollegen gewinnen.

Unter konkreten Bedingungen ist es jeweils zu überprüfen, ob die Sektion die Ergebnisse ihrer Arbeit selbst in die Massen trägt.

BESCHLUSS ZUR EINRICHTUNG DER SEKTION "REGIONAL- POLITIK" vom 19.4.

Beschluß:

In der VUV wird eine Sektion "Regionalpolitik"eingerichtet, die bestehenden Projekte "Umwelt","Wohnung", und "Verkehr" werden aufgelöst.

Begründung:

Um das Volk im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und für die soziale Revolution zu gewinnen auf der Linie der Demokratie zusammenzuschließen zu können, stehen die Arbeiterklasse und damit die Kommunisten vor der Aufgabe, die Massen in allen jenen Tageskämpfen zusammenzuschließen, die entlang der vielfältigen Reibungsflächen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, dem Volk und dem bürgerlichen Staat im Kapitalismus notwendig entstehen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Wurzeln all dieser Reibungsflächen in der herrschenden sozialen Ordnung aufzudecken und in jedem Teilkampf die Perspektive der Zerschlagung des bürgerlichen Staats und die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Eine große Anzahl solcher Reibungsflächen entstehen entlang jener "kleineren, sekundären Übelstände"(Engels), die Tag für Tag in den städtischen Ballungszentren auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen. Die Massen müssen besonders in den großen Städten immer wieder feststellen, daß die Erfüllung ihrer Lebensinteressen auch außerhalb des Betriebes unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion nicht gewährleistet ist. In allen Bereichen mangelt es an geeigneten Versorgungseinrichtungen. In keinem Wohnbezirk der Werktätigen gibt es ausreichend Schulen. Die Auseinandersetzungen um die "Fristenlösung" haben die mangelnde Versorgung des Volkes mit Gesundheitseinrichtungen noch deutlicher zutage treten lassen. Der Mangel an Kindergärten ist für die Werktätigen ein echtes Problem. Der Ruin der Kleinhändler durch die Konkurrenz mit den Supermärkten führt häufig dazu, daß die Einkaufenden lange Wegzeiten bis zum nächsten Lebensmittelgeschäft zurücklegen müssen.
Das Bedürfnis des Volkes nach körperlicher Erholung stößt auf den Mangel an entsprechenden Einrichtungen. Parks, Sportplätze und Gartensiedlungen müssen Bürobauten oder Verkehrsanlagen weichen. Bisher frei zugängliche Erholungsgebiete werden in profitablere Anlagen verwandelt (WIG,Donauinsel). Insgesamt sind die bestehenden Erholungsgebiete meist überfüllt oder überhaupt zur Erholung schlecht geeignet.
Das wachsende Verkehrschaos in der Stadt, die manglende Versorgung von Arbeiterbezirken mit Verkehrseinrichtungen tragen zu einer

Verlängerung der Arbeitswege bei, die die Werktätigen immer stärker physisch und psychisch belasten.
Die Verseuchung der Umwelt durch Giftstoffe belastet die Lebensverhältnisse der Massen. (Z.B. Donaukanal, Luftverschmutzung durch Brauereien, Fettfabriken etc.).
Das Wohnungselend spitzt sich gerade im letzten Jahr zu. Die Mieten steigen enorm. In einer Reihe von Wiener Bezirken werden Wohnhäuser niedergerissen, um Luxuswohnungen und Bürobauten Platz zu machen (Zuletzt im 4.Bezirk); der Zerstörung alter Wohnviertel (Assanierung) steht die Verfrachtung ganzer Arbeiterarmeen an den Stadtrand gegenüber.
Gleichzeitig wird auch der Mangel an geeigneten Einrichtungen spürbar, die die Massen für ihre kulturellen und politischen Aktivitäten brauchen. Der Umbau von Kinos, Gaststätten, Versammlungslokalen in Selbstbedienungsläden, Banken usw. engt die Möglichkeiten der Massen, sich zu unterhalten und sich zusammenzuschließen, ein und ruft nicht selten die Empörung der betroffenen Teile des Volkes hervor.
In einigen Regionen der Stadt konzentrieren sich solche Übelstände: In den Stadtrandsiedlungen - gebaut als reine Wohngettos - mangelt es heute noch (10-15 Jahre nach Baubeginn) an wichtigen Versorgungs- und Erholungseinrichtungen. Ungekehrt müssen die Bewohner der alten Stadtviertel die Zerstörung wichtiger Einrichtungen (Wohnungen, Märkte...) feststellen.
Überall dort, wo diese planlose Entwicklung der Städte und ganzer Ballungszentren die Ausweitung der kapitalistischen Produktion gefährdet, versucht der bürgerliche Staat "planend" einzugreifen. Planungskonzepte, Assanierungen, Bau von neuen Verkehrsanlagen und die Errichtung neuer Stadtviertel, gezielte Subventionen an die Kapitalisten; das sind die hauptsächlichsten Mittel, die er benützt, um dieser Widersprüche in der Stadt Herr zu werden. Obwohl alle diese Maßnahmen ausschließlich auf die Interessen der Kapitalisten klasse ausgerichtet sind, versucht er immer wieder, diesen Maßnahmen ein Interesse des Volkes unterzujubeln und damit die Volksmassen an sich zu binden. Die "Sechs Fragen an die Wiener"

von Gratz sind dafür ein gutes Beispiel.
Tatsächlich kann es dem bürgerlichen Staat nicht gelingen, das ganze Bündel an Widersprüchen in den Ballungszentren zu beseitigen. Die Reibungsflächen in der Stadt verschwinden nicht, jede Maßnahme, mit der der Staat ein Loch zu stopfen versucht, reißt weitere Löcher auf. Das führt gleichzeitig zu einer weiteren Aufblähung des Staatsapparates, verursacht neue Kosten, die regelmäßig in Form von Tarifen und Steuern auf die Volksmassen abgewälzt werden.
Die Volksmassen sind aber nicht mehr durchgängig gewillt, jeden Eingriff des Staates für die Kapitalsiteninteressen zu deulden. Die Empörung über die WIG, der Zusammenschluß der Kleingärtner im 10. Bezirk gegen die Schleifung der Gärten, der Unmut über den Bau einer zweiten Flugpiste, der Zusammenschluß von Mietern gegen Wohnhausabbrüche, der Zusammenschluß gegen den Bau von Atomkraftwerken sind nur einige Beispiele aus der jüngsten Zeit.

Bei der Entfaltung der Volkskämpfe, die entlang dieser Reibungsflächen entstehen, kann die VUV wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Indem die werktätigen Intellektuellen in organisierter Weise ihre besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten für die umfassende Untersuchung dieser Widersprüche zur Verfügung stellen, indem sie die inneren Zusammenhänge dieser Widersprüche und ihre Wurzeln in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufdecken, leisten sie einen wichtigen Beitrag bei der Aufgabe der Kommunisten, den Massen die notwendigen Einsichten und Fähigkeiten zu vermitteln, die sie brauchen zum Ansturm gegen den bürgerlichen Staat und zum Aufbau der neuen sozialen Ordnung.
Der regionale Schwerpunkt dieser Arbeit der Sektion "Regionalpolitik" liegt im Wiener Raum. Die Setzung dieser regionalen Schwerpunkte muß sich von jenen Strukturen(Kollektive, Verkaufseinheiten) leiten lassen, die der KB in der Stadt aufbaut. Fragen von besonderer überregionaler Bedeutung (Autobahnbau, Gemeindezusammenlegungen, Atomkraftwerke...) wird die Sektion gleichfalls aufgreifen müssen.
Es gibt eine Reihe von Intellektuellen, die selbst in "Planungsberufen" tätig sind. (Soziologen, Ökonomen, Raumplaner, Geographen...) Sie sollen in dieser Sektion organisiert werden.

BESCHLUSS ZUR EINRICHTUNG EINES PROJEKTS "JUGENDSTRAFVOLLZUG, BEWÄHRUNGSHILFE" IM RAHMEN DER SEKTION KLASSENJUSTIZ

Ein wesentlicher Teil der Unterdrückungstätigkeit des bürgerlichen Justizapparates ist der Strafvollzug. Seine hauptsächliche Aufgabe besteht darin, im Sinne der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen "Ordnung" der Bourgeoisie die "Rechtsbrecher" durch Isolation und Kontrolle unschädlich zu machen, damit "abschreckende" Beispiele zu schaffen und die Spaltung der Arbeiterklasse zu vertiefen. Einer weiteren wichtigen Funktion des Strafvollzugs, die Kriminalisierten und Deklassierten so schnell und rentabel wie möglich wieder in das Ausbeutungsverhältnis einzugliedern, kommt vor allem bei den Jugendlichen große Bedeutung zu. Das Interesse der Bourgeoisie, die jugendlichen Gesetzesbrecher wieder für die Produktion zu gewinnen, ist begreiflicherweise groß. Dies ist auch der Grund, warum der bürgerliche Staat für diese Jugendlichen eine Reihe von besonderen Einrichtungen geschaffen hat (Jugendgerichte, Bewährungshilfe, Erziehungsanstalten), auf die sie gerade jetzt, bei der "Modernisierung" des Strafrechts Gewicht legt und die sie als großartige Reformmaßnahmen anzupreisen sucht.
Die Arbeiterklasse hat an diesen Maßnahmen nicht das geringste

Interesse, verstärken sie doch die Abhängigkeit von Teilen der Arbeiterjugend von der Bourgeoisie und schwächen durch diese Spaltungsmanöver die Kampfkraft der Werktätigen.
Um den volksfeindlichen Charakter dieser Einrichtungen zu entlarven, die in und gegen diese Institutionen gerichteten Bewegungen zu unterstützen, wird im Rahmen der Sektion Klassenjustiz ein Projekt eingerichtet, das seine Aufgaben relativ selbständig wahrnenmen soll. Dies gilt vor allem für die organisierte Tätigkeit unter den Berufskollegen.